



Gastkommentar

Evolution statt Disruption



Deutschland braucht ein eigenes, kooperatives Modell für die Digitalisierung, fordern **Fedor Ruhose** und **Wolfgang Schroeder**.

Das kalifornische Modell des disruptiven Wandels der Wirtschaft ist durch die Wahl von Donald Trump in seiner Dynamik gestört worden. Auch für Deutschland gilt, dass eine ungesteuerte Digitalisierung die gesellschaftliche Polarisierung weiter verschärfen kann. Trends wie Industrie 4.0 werden erheblichen Einfluss auf die Veränderung der Tätigkeiten und auf die Struktur von Branchen und Unternehmen haben. Erstmals sind auch gutqualifizierte, aber eben in Algorithmen darstellbare Tätigkeiten in Gefahr. Im Moment spricht viel dafür, dass sich die starke Entwicklung der deutschen Wirtschaft nicht ohne weiteres fortzuschreiben lässt. Strukturelle Investitions- und Innovationsprobleme sind offensichtlich. Arbeitsplatzabbau und Dequalifizierung sind zu befürchten, und neue Ausbildungs- und Qualifizierungsbedarfe stehen an.

Die bisherigen Entscheidungen der Politik in Deutschland zur Gestaltung der Digitalisierung sind keine Kopie des amerikanischen Weges. Im Gegenteil: Das Bundesarbeitsministerium führt den Dialog zum Arbeiten 4.0, die Bundesregierung hat sich eine Digitale Agenda gegeben.

Das Bündnis „Zukunft der Industrie“ des Wirtschaftsministeriums zielt darauf ab, die industrielle Wettbewerbsfähigkeit in kooperative Strukturen einzubetten. Durch das Zusammenspiel von Staat, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften hat das Bündnis eine breite Legitimation. Ähnliche Ansätze bestehen in fast allen Bundesländern. Insbesondere durch die Einbeziehung der Gewerkschaften besteht die Möglichkeit, die Digitalisierung als Projekt der sozialen Innovationen zu entwickeln.

Gegen den amerikanischen Weg der Disruption versucht die deutsche Politik, ein evolutionäres Modell zu setzen. Damit soll nicht nur eine gesellschaftliche Polarisierung verhindert, sondern inklusives Wachstum gefördert werden. Auch wenn wir derzeit eine Revitalisierung des kooperativen „rheinischen“ Kapitalismus beobachten, sind die Widerstände ebenso verbreitet. Während ein Teil der Unternehmer und Verbandsfunktionäre den Weg, den insbesondere das Bundeswirtschaftsministerium eingeschlagen hat, begrüßt, ist die Zahl der Skeptiker mindestens genauso groß.

Für die Zeit nach der Bundestagswahl stellt sich die Frage, ob die deutschen Akteure in der Lage sind, ihre zögerliche Haltung zu überwinden und einen Weg einzuschlagen, der eine beherrztere Gangart bei den Startups und technologischen Innovationen mit sozialen, qualifikatorischen und gesellschaftlichen Dimensionen dieses Wandels verbindet. Auf jeden Fall ist eine einfache Kopie des amerikanischen Weges wenig erfolgversprechend, vielmehr bedarf es einer intelligenten, kooperativen Perspektive, die einen eigenen Weg findet.

Fedor Ruhose ist Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz. Wolfgang Schroeder ist Politikwissenschaftler an der Universität Kassel. Sie erreichen sie unter: gastautor@handelsblatt.com